



Niederschrift

54. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. September 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

Punkt 14 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen, Eigenbetrieben und Stiftungen; Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2022
Vorlage: 2023/0679

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss – von dem Beteiligungsbericht 2022 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 12. September 2023.

Stadträtin Böringer (FDP): Herr Oberbürgermeister, Sie gestatten einige Anmerkungen zu diesem Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2022. In der Überschrift der Vorlage lesen wir, Beteiligungen der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen. Schauen wir in diesen Bericht, den wir vor uns liegen haben, so finden wir zwar rechtlich Selbständige, aber bei vielen im übertragenen Sinne keine wirtschaftlichen Unternehmen. Es ist doch bedauerlich, dass man sich hier über eine Null fast noch freuen muss. Natürlich stecken in diesen Zahlen auch Investitionen, aber leider scheinen diese nicht immer nachhaltig zu wirken.

Wir danken zunächst dem zuständigen Amt der Stadtkämmerei für den vorgelegten Bericht. Hierin ersehen wir viel Arbeit und Genauigkeit. Das ist aber jetzt nicht nur eine Fleißarbeit, sondern auch nach der Gemeindeordnung eine zu erfüllende Aufgabe. Gerade die Gemeindeordnung, wenn Sie gestatten, muss uns Wegweiser sein, wenn wir durch diesen Bericht gehen. So heißt es in der Gemeindeordnung in § 102 Abs. 3, ich zitiere, wirtschaftliche Unternehmen in der Gemeinde sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt

wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde erwerben. Das ist zwar eine Soll-Vorschrift, Frau Erste Bürgermeisterin weiß das. Leider sind wir in diesen Fällen aber weit davon entfernt. Ich denke hier an umfangreiche Transfermittel aus dem Haushalt, aber gerade bei der Volkswohnung, mein Lieblingsthema, die eigentlich das Kapital selbst benötigt, um zu bauen und Wohnungen zu schaffen, da wollen wir nun in die Tasche greifen. Weiter heißt es in der Gemeindeordnung auszugsweise, die Gemeinde darf ein Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, wenn die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist. Bei der derzeitigen Haushaltslage und dem vorgelegten Bericht fällt es schwer zu glauben, dass dieser Grundsatz noch immer bei allen Gesellschaften erfüllt ist.

Wir als FDP-Fraktion appellieren an die Verantwortlichen, genau hinzuschauen. Größerer Schaden muss von den Unternehmen, aber auch von der Stadt Karlsruhe abgewendet werden. Ich komme zum Schluss. Unwirtschaftliches Gebaren darf nicht Grundlage für Mehrbelastungen und Kürzungen der Leistungen bei den Bürgerinnen und Bürgern sein. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Eigentlich hatte ich nicht vor, zu diesem Punkt zu sprechen. Ich möchte ganz kurz ein paar Bemerkungen dazu machen. Das hörte sich jetzt zum Teil, was meine Vorrednerin gesagt hat, nach einer Kritik an, dass hier unwirtschaftlich gehandelt würde. Dem möchte ich entgegentreten. Diese städtischen Unternehmen erfüllen Aufgaben, die wir ihnen übertragen haben, unter der Maßgabe, die wir mit Rahmenbedingungen ausgestattet haben. Dadurch ist es so, dass nicht alle diese Unternehmen einen positiven wirtschaftlichen Abschluss erzielen können. Das ist natürlich für den städtischen Haushalt eine Belastung. Damit müssen wir umgehen, und das ist schwierig. Aber es sind nun unsere politischen Entscheidungen, die wir getroffen haben, die dazu führen, dass die Dinge an der Stelle sind, wie sie sind, und es ist nicht ein Ausdruck schlechten wirtschaftlichen Handelns in diesen städtischen Beteiligungen. Das ist mir ganz wichtig zu betonen.

Die Verantwortlichen, die eben angesprochen worden sind, sind wir, und das sind unsere Entscheidungen, dass wir einen guten ÖPNV haben wollen. Es sind unsere Entscheidungen, dass wir ein städtisches Klinikum haben wollen, das eine gute Versorgung macht, die dazu führen, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen, die wir nicht alle steuern, große Verluste bei diesen Wirtschaftsunternehmen anfallen, die getragen werden müssen. Wenn wir eine Ebene höher schauen, das Land schreibt auch den Nahverkehr aus, weil er allein nicht tragfähig wäre. Auch das sind wesentliche Infrastrukturen, die wir als öffentliche Hand bereitstellen, damit wir zukunftsfähig unsere Gesellschaft gestalten können.

Deswegen halte ich eine Diskussion des Beteiligungsberichtes für politische Ziele als völlig ungeeignet. Das müssen wir jeweils bei jedem sachpolitischen Ding einzeln entscheiden und nicht über den Beteiligungsbericht diskutieren.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Es ist nicht so, dass wir als Gemeinderat diese Defizite alleine zu verantworten haben. Man muss darauf hinweisen, dass Bund und Land auch einiges dazu beitragen, dass diese Defizite immer größer werden. Wenn wir uns beispielsweise das 49-Euro-Ticket anschauen, das vorher auf der Tagesordnung stand, ohne dass dazu gesprochen wurde, das hat sehr dazu beigetragen, dass das Defizit der Verkehrsbetriebe, was 100 Millionen pro Jahr beträgt und damit sehr beträchtlich ist, noch weiter angestiegen ist.

Es geht nicht nur um Dinge, die wir entscheiden, sondern hauptsächlich um Randbedingungen, die der Bund und teilweise auch das Land schafft, die dann dazu führen, dass unsere eigenen Betriebe sehr stark defizitär sind und wir als Kommune nachher schauen müssen, wo wir dieses Geld wieder herkriegten.

Der Vorsitzende: Ich stelle fest, Sie haben die Vorlage alle zur Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. Oktober 2023